

MILLIARDÄRS- MACHT BESCHRÄNKEN, DEMOKRATIE SCHÜTZEN

TAX 
THE RICH!

Warum die kommende Bundesregierung
Milliardär*innen besteuern, in
soziale Gerechtigkeit investieren und
Konzernmacht begrenzen muss



OXFAM
Deutschland

MILLIARDÄRSMACHT BESCHRÄNKEN, DEMOKRATIE SCHÜTZEN

In Zeiten multipler Krisen, unter deren Folgen die meisten Menschen leiden, werden Milliardär*innen und Multimillionär*innen immer reicher. Diese wachsende soziale Ungleichheit stellt Gesellschaften zunehmend vor Zerreißproben. Sie verstärkt geschlechtsspezifische und rassistische Diskriminierung, trägt maßgeblich dazu bei, dass die Klimakrise sich zu einer Katastrophe ausweitete¹ – und untergräbt zusehends die Demokratie. Regierungen müssen jetzt dringend dafür sorgen, dass Superreiche einen finanziellen Mindestbeitrag zum Gemeinwohl leisten und Konzernmacht beschränkt wird. Nur so erreichen wir eine sozial und ökologisch gerechte und nicht zuletzt demokratische Zukunft für alle.

VIER NEUE MILLIARDÄR*INNEN PRO WOCHE

Weltweit ist im Jahr 2024 das Gesamtvermögen der Milliardär*innen um zwei Billionen US-Dollar gestiegen. Ihr Vermögen wuchs damit 2024 dreimal schneller als 2023. Das Vermögen eines*iner Milliardär*in vergrößerte sich im Durchschnitt um zwei Millionen US-Dollar pro Tag. Bei den reichsten zehn Milliardären waren es sogar 100 Millionen US-Dollar pro Tag. Selbst wenn diese zehn Milliardäre über Nacht 99 Prozent ihres Vermögens verlieren würden, blieben sie Milliardäre. Im Jahr 2024 kamen insgesamt 204 neue Milliardär*innen hinzu. Dies entspricht durchschnittlich fast vier neuen Milliardär*innen pro Woche. Damit stieg die Zahl der Milliardär*innen gemäß Forbes-Reichenliste auf 2.769.²

In Deutschland stieg 2024 das Gesamtvermögen der Milliardär*innen um 26,8 Milliarden US-Dollar. Es kamen neun neue Milliardär*innen hinzu, insgesamt sind es laut Forbes-Reichenliste 130. Deutschland hat damit nach den USA, China und Indien die meisten Milliardär*innen.³

Während Superreiche immer reicher werden, ist die Zahl der Menschen, die unter der erweiterten Armutsgrenze der Weltbank von 6,85 US-Dollar leben, seit 1990 unverändert bei fast 3,6 Milliarden geblieben.⁴ Das entspricht aktuell 44 Prozent der Menschheit.⁵ Frauen sind besonders von Armut betroffen.⁶ Weltweit müssen 733 Millionen Menschen infolge von Armut hungern – etwa 152 Millionen mehr als 2019.⁷ Die Weltbank geht davon aus, dass es mehr als ein Jahrhundert dauern wird, die Armut zu überwinden, wenn die derzeitigen wirtschaftlichen Wachstumsraten anhalten und die Ungleichheit nicht abnimmt. Laut ihren Berechnungen könnte Armut dreimal schneller beseitigt werden, wenn die Ungleichheit verringert würde.⁸

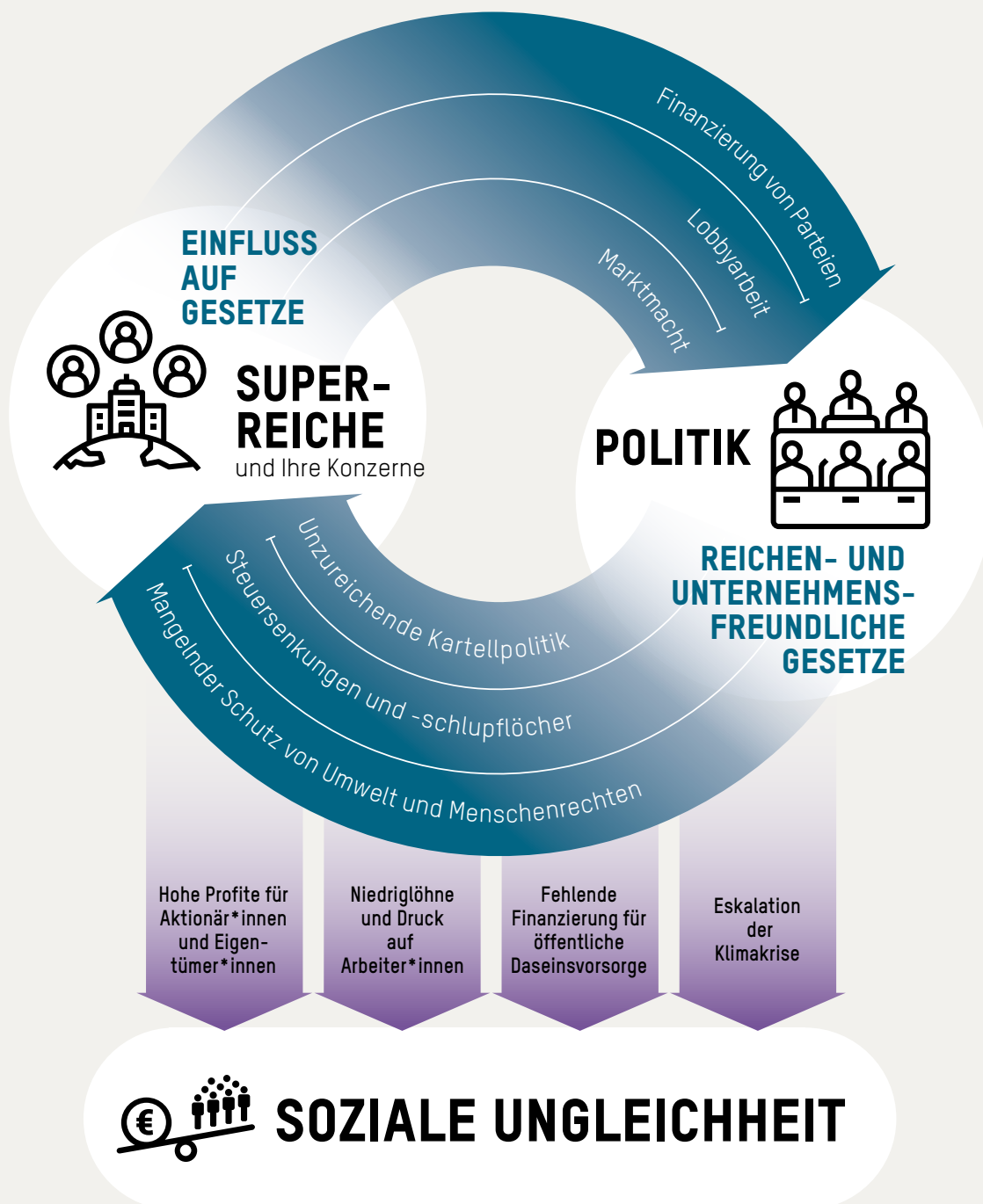
Viele Länder stehen vor dem Bankrott, sind durch Schulden gelähmt und haben nicht die finanziellen Mittel, um Armut und Ungleichheit zu reduzieren. Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen geben im Durchschnitt 48 Prozent ihres Haushalts für die Rückzahlung von Schulden aus. Das ist weit mehr als sie für Bildung und Gesundheit zusammen aufwenden.⁹ Die Situation ist für diese Länder besonders schwierig, aber auch darüber hinaus zeichnet sich ein besorgniserregendes Bild ab, wie Oxfam in seinem jüngst veröffentlichten Commitment to Reducing Inequality Index, einer Ungleichheitsanalyse von 164 Ländern, zeigt: Vier von fünf Ländern weltweit haben in den letzten von Krisen geprägten Jahren den Anteil im Staatshaushalt für Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung gekürzt; vier von fünf haben Rückschritte bei der Steuerprogression und neun von zehn bei Arbeitsrechten und Mindestlöhnen gemacht. Insgesamt sind neun von zehn Ländern in einem oder mehreren dieser drei Bereiche zurückgefallen. Ohne sofortige politische Maßnahmen zur Umkehrung dieses Trends wird daher die Ungleichheit in 90 Prozent der untersuchten Länder mit großer Sicherheit weiter zunehmen.¹⁰ Der ohnehin schon immense Druck auf die politische Stabilität würde damit noch größer – und damit auch die Gefahr für die Demokratie.

EXTREME SOZIALE UNGLEICHHEIT GEFÄHRDET DIE DEMOKRATIE

Eines der grundlegendsten demokratischen Prinzipien ist das der politischen Gleichheit, also dass jeder wahlberechtigte Mensch eine Stimme und die gleiche Chance hat, sich direkt oder indirekt an politischen Entscheidungen zu beteiligen.¹¹ Extreme soziale Ungleichheit erschüttert dieses Prinzip in seinen Grundfesten auf mindestens zwei sich überschneidende Arten: einerseits durch die extreme Konzentration von Vermögen und damit auch von politischer Macht in vergleichsweise wenigen privaten Händen und andererseits über den zunehmenden Vertrauensverlust breiter und vor allem ärmerer Bevölkerungsschichten in die Demokratie.

Große Vermögen, insbesondere die der Superreichen, beruhen vor allem auf dem Besitz von und der Beteiligung an Konzernen, vornehmlich in Form von Aktien. Die damit einhergehende wirtschaftliche und finanzielle Macht führt dazu, dass Superreiche und ihre Unternehmen zunehmend Einfluss auf die Politik ausüben. Milliardär*innen streben überdurchschnittlich oft politische Ämter an, konzentrieren sich hierbei gezielt auf einflussreiche Positionen und haben damit oft Erfolg.¹² Ganz aktuell zeigt das der Blick in die USA.

Maßgeblicher ist jedoch der meist nicht so offensichtliche Einfluss von Superreichen und Konzernen, zum Beispiel über die Finanzierung von Parteien¹³ und Politiker*innen, den Besitz und die Finanzierung von Medien und gezielte Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit im eigenen Geschäftsinteresse.¹⁴ Im Gesamtergebnis führt dies oftmals zu für sie vorteilhaften Gesetzen und Regelungen. Studien zeigen, dass in vielen Ländern, darunter auch Deutschland, die Interessen von Reichen weit mehr politisches Gehör finden als die Anliegen der mittleren und unteren Einkommensgruppen.¹⁵ Der daraus resultierende Teufelskreis aus steigender Macht von Konzernen und zunehmendem Einfluss ihrer Besitzer*innen auf Politik und Wirtschaft verschärft die soziale Ungleichheit immer weiter (siehe Grafik auf der nächsten Seite). An zwei Beispielen lässt sich dies besonders gut zeigen.



BEISPIEL 1: STEUERPOLITIK IM INTERESSE DER SUPERREICHEN

Die Steuerpolitik ist einer der wichtigsten Hebel, die Regierungen zur Verfügung stehen, um Ungleichheit zu verringern. Eine hohe Besteuerung reicher Bevölkerungsteile hat ab Mitte des letzten Jahrhunderts in vielen Ländern dazu beigetragen, gerechtere Gesellschaften zu schaffen und soziale Ungleichheit zu verringern. Doch in den vergangenen Jahrzehnten wurde eine solche progressive Besteuerung, nicht zuletzt aufgrund des massiven Drucks von Superreichen und ihren Lobbyverbänden, schrittweise demontiert. Heute profitieren Superreiche und Konzerne von Steuersenkungen und großzügigen Ausnahmeregelungen, während die Steuern für Milliarden von Menschen gestiegen sind.

Superreichen nutzte beispielsweise die Senkung von Unternehmenssteuern¹⁶, die unzureichende Besteuerung von Kapitalerträgen, die Abschaffung von und Ausnahmeregelungen bei Erbschaftssteuern und die Abschaffung von Vermögensteuern. Die sinkenden Steuersätze für Reiche und Unternehmen haben viele Regierungen durch die Erhöhung von Verbrauchssteuern auf Waren und Dienstleistungen, wie der Mehrwertsteuer, ausgeglichen. Diese Steuern treffen die ärmsten Menschen unverhältnismäßig stark, da sie einen höheren Anteil ihres Einkommens für Güter des täglichen Bedarfs ausgeben. Zwischen 1990 und 2017 hat sich die Zahl der Länder mit einer Mehrwertsteuer von 50 auf mehr als 150 verdreifacht, während die Zahl der Länder mit einer Netto-Vermögenssteuer von zwölf auf vier gesunken ist.¹⁷

Zwei Drittel aller Länder haben keine Form der Erbschaftssteuer auf Vermögen, das an direkte Nachkommen weitergegeben wird. Die Hälfte der Milliardär*innen der Welt lebt in solchen Ländern.¹⁸ Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass im Jahr 2023 erstmals mehr neue Milliardär*innen durch Erbschaft als durch Unternehmer*innentum entstanden sind.¹⁹ Alle Milliardär*innen der Welt, die jünger als 30 Jahre sind, haben ihr Vermögen geerbt.²⁰ In den nächsten drei Jahrzehnten werden über tausend heutige Milliardär*innen mehr als 5,2 Billionen US-Dollar an ihre Erb*innen übertragen.²¹ Oxfam schätzt, dass insgesamt 36 Prozent des Gesamtvermögens der Milliardär*innen aus Erbschaften stammt²², in Deutschland sind es sogar 71 Prozent.²³

Auch in Deutschland haben zahlreiche Steuerreformen dafür gesorgt, dass die Steuersätze für große Vermögen und hohe Vermögenseinkommen in den letzten drei Jahrzehnten gesunken sind. Dazu gehörten unter anderem die Aussetzung der Vermögensteuer ab 1997, die Senkung der Unternehmensteuer 1999, 2002 und 2008, die Einführung einer pauschalen Steuer auf Kapitalerträge 2009 und Ausnahmen für große Unternehmensvermögen bei der Erbschaftsteuer 2009. Auf der anderen Seite wurde die Mehrwertsteuer 2007 von 16 auf 19 Prozent erhöht.²⁴

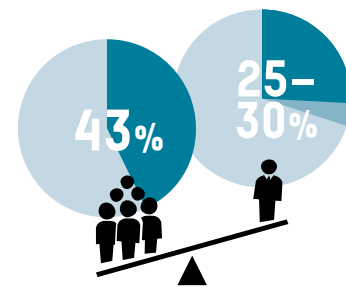
Lobbyverbände wie „Die Familienunternehmer“ und die „Stiftung Familienunternehmen und Politik“, hinter deren irreführenden Namen zahlreiche Weltkonzerne und Superreiche stehen, spielen bei der Durchsetzung einer solchen Steuerpolitik in Deutschland

eine wesentliche Rolle.²⁵ So stand beispielsweise die Stiftung Familienunternehmen im Zentrum der Lobbyarbeit rund um die genannten Erbschaftsteuerreformen.²⁶ Allein im Jahr 2023 gaben beide Organisationen laut Lobbyregister des Bundestages zusammen 3,6 Millionen Euro nur für ihre Lobbyarbeit in Deutschland aus.²⁷

Insgesamt hat die reichenfreundliche Steuerpolitik den Effekt, dass Milliardär*innen und Multimillionär*innen in vielen Ländern der Welt effektiv weniger Steuern auf ihr Einkommen zahlen als der Rest der Bevölkerung.²⁸ Auch Deutschland ist mittlerweile ein Hochsteuerland für Menschen, die für ihr Geld arbeiten, aber ein Niedrigsteuerland für Superreiche, die ihr Geld für sich arbeiten lassen können. Während Familien aus der Mittelschicht im Schnitt etwa 43 Prozent Steuern und Abgaben auf ihr Arbeitseinkommen zahlen, entrichten Multimillionär*innen und Milliardär*innen oft nur zwischen 25 und 30 Prozent auf ihr gesamtes Einkommen – und das, obwohl Unternehmenssteuern hier eingerechnet sind.²⁹ Vor den oben erwähnten Steuerreformen lag der geschätzte Gesamtsteuerbetrag in Bezug auf das Einkommen für Milliardär*innen noch bei rund 60 Prozent.³⁰

STEUER- UND ABGABENSÄTZE IN DEUTSCHLAND

MITTELSCHICHT



SUPERREICHE

Quelle: Netzwerk Steuergerechtigkeit, Momentum Institut, Oxfam Deutschland (2024)³¹

Die Steuerprivilegien von Superreichen haben auch gravierende Konsequenzen für die Staatskassen. Weltweit stammen heute rund 44 Prozent der Steuereinnahmen aus Verbrauchssteuern, während die Steuern für Unternehmen nur etwa 14 Prozent und auf Vermögen nur vier Prozent ausmachen.³² Deutschland schneidet auch hier im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich ab. Seit Aussetzen der Vermögensteuer im Jahr 1997 ist die Erbschaftssteuer die einzige verbliebene Steuer mit Vermögensbezug und trägt weniger als ein Prozent zum gesamten Steueraufkommen bei.³³ Auch das war früher anders: 1950 lag der Anteil von vermögensbezogenen Steuern noch bei zehn Prozent.³⁴ Allein durch die seit 1997 ausgesetzte Vermögensteuer sind Deutschland bis heute schätzungsweise 400 Milliarden Euro an Steuereinnahmen verloren gegangen. Aktuell würde sie mehr als 30 Milliarden Euro jährlich einbringen.³⁵ Und das Potenzial ist weitaus größer: Würde Deutschland dem Beispiel der Schweiz folgen und Vermögensteuern auf dem dortigen Niveau erheben, entspräche das jährlichen Einnahmen von 73 Milliarden Euro.³⁶

Stattdessen trägt eine durch erhebliche Einflussnahme von Interessengruppen dominierte Steuerpolitik im Interesse der Superreichen dazu bei, die Kluft zwischen Arm und Reich zusehends zu vergrößern.

BEISPIEL 2: GEWINNE FÜR SUPERREICHE DURCH STEIGENDE KONZERNMACHT

Aktuell befindet sich die Welt auf einem Höhepunkt der weltweiten Konzernmacht. Immer weniger Unternehmen dominieren einzelne Branchen wie den Finanzsektor und die Pharmabranche. Obwohl Großunternehmen nur 0,7 Prozent aller Firmen in Deutschland ausmachen, kontrollieren sie 73,5 Prozent des Umsatzes.³⁷ Dieser starke Anstieg der Monopolmacht ist die Folge von politischen Verhältnissen, nachdem Staaten im Zuge des markoliberalen Zeitgeistes seit spätestens Ende der 1970er Jahre Handelsschranken abgebaut, Unternehmenssteuern gesenkt und die Befugnisse der Kartellbehörden beschnitten haben.

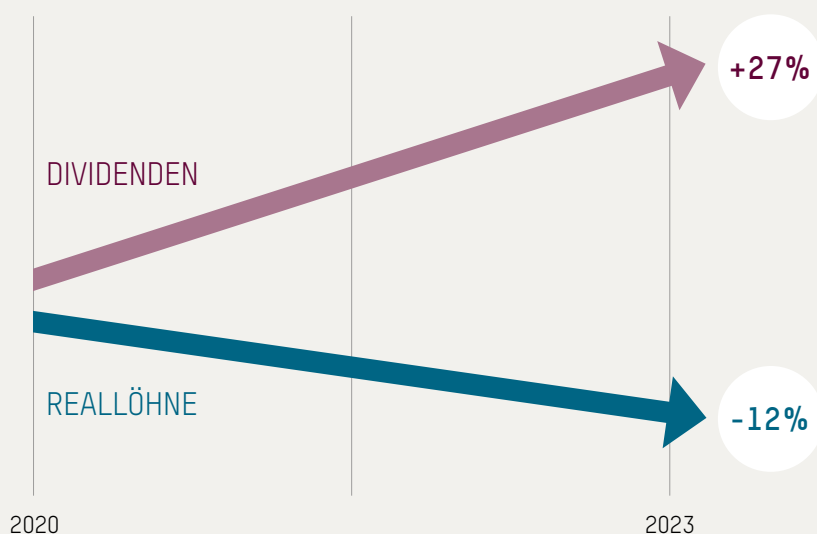
Große Marktmacht gibt einem Unternehmen die Möglichkeit, Preise zu setzen und höhere Gewinne einzufahren. Als eine Messgröße für Marktkonzentration gilt daher der durchschnittliche Preisaufschlag, also die Marge zwischen Einkaufs- beziehungsweise Produktions- und Verkaufskosten. Diese Werte sind geradezu explodiert: Während 1980 ein Unternehmen im Durchschnitt 17 Prozent auf den Preis aufschlug, waren es im Jahr 2016 bereits 60 Prozent.³⁸

Für Großkonzerne waren die letzten zwei Jahrzehnte dementsprechend außerordentlich lukrativ. Allein in den Jahren 2021 und 2022 verzeichneten die größten Firmen einen Gewinnsprung von 89 Prozent.³⁹ Davon profitieren vor allem deren Eigentümer*innen und Großaktionär*innen: Während die Dividenden in Deutschland zwischen 2020 und 2023 um 27 Prozent gestiegen sind, sanken die Reallöhne um zwölf Prozent. Rechnet man die Inflation heraus, sind die Dividenden sogar fast zwölfmal stärker gewachsen als die Löhne.⁴⁰ Angesichts dessen ist es nicht verwunderlich, dass die 20 reichsten Menschen der Welt allesamt Eigentümer*innen oder Großaktionär*innen von Großkonzernen sind.⁴¹

Großkonzerne üben politische Macht unter anderem über ihre Wirtschaftsverbände aus. So lobbyierten etwa der Bund der Deutschen Industrie (BDI), die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der Handelsverband Deutschland (HDE) intensiv gegen das deutsche und das europäische Lieferkettengesetz, das den Schutz von Menschenrechten bei den Zulieferern großer Unternehmen verbessern soll.⁴² Beide Gesetze wurden auf Druck der Lobby entschieden geschwächt, obwohl eine große Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland sie befürwortet.⁴³ Um ihre Interessen durchzusetzen, investieren Konzerne enorme Summen in Lobbyarbeit. Laut europäischem Transparenzregister gab etwa Meta im Jahr 2023 für Lobbying auf EU-Ebene knapp 10 Millionen Euro aus, Apple etwa 7 Millionen und Google 6,5 Millionen.⁴⁴

Die Konsequenz dieser massiven Lobbyaktivitäten auf die Politik sind Wirtschaftsstrukturen, die vor allem für Konzerne und ihre reichen Haupt Eigentümer*innen von Vorteil sind.

ENTWICKLUNG DIVIDENDEN UND REALLÖHNE IN DEUTSCHLAND



Quellen: Henderson J. (2024); Trading Economics (2024); EY (2024)⁴⁵

SCHWINDENDES VERTRAUEN IN DIE POLITIK

Eine Politik, die in der Summe die Reichen bevorzugt und Armut und soziale Ungleichheit grassieren lässt, untergräbt den Glauben vieler Menschen an die Demokratie. In immer mehr Ländern sinkt das Vertrauen in die etablierten politischen Parteien und die Regierungen.⁴⁶ Das bereitet den idealen Nährboden für rechtsextreme und -populistische Kräfte.

In Deutschland haben insbesondere Menschen in Armut oder mit prekären Einkommen nicht nur eine geringere politische Teilhabe, sondern auch weniger Vertrauen in das politische System und seine Institutionen und gehen häufiger von unlauteren Absichten der Parteien aus. Nur etwas mehr als 50 Prozent der Bevölkerung in der unteren Einkommenshälfte sind mit unserer Demokratie zufrieden.⁴⁷ Auch die Wahlbeteiligung fällt im Vergleich zu den 1970er oder 1980er Jahren heute nicht nur niedriger, sondern auch ungleicher aus: Die Wahrscheinlichkeit, nicht zu wählen, ist bei Deutschen mit geringem Einkommen und niedriger formaler Bildung besonders hoch.⁴⁸ Darüber hinaus engagieren sich Nicht-Akademiker*innen immer seltener politisch und werden auch immer seltener selbst Abgeordnete.⁴⁹ Insgesamt ist die Abkehr vom politischen System in der ärmeren Hälfte der Bevölkerung und bei Arbeiter*innen am weitesten fortgeschritten.⁵⁰

Die im Rahmen der letzten Krisenjahre verstärkten materiellen Sorgen und Abstiegsängste reichen in Deutschland mittlerweile weit in die Mittelschicht hinein.⁵¹ Vor diesem Hintergrund gedeihen rechtspopulistische Kräfte wie die AfD. Ihre Wähler*innen haben ein besonders geringes Vertrauen in Institutionen.⁵² Unter den Anhänger*innen der AfD finden sich häufiger Menschen mit geringen bis mittleren Einkommen und Arbeiter*innen.⁵³ Bei letzteren schickt sich die AfD sogar an, zur stärksten politischen Kraft zu werden.⁵⁴ Dies zeigte sich beispielsweise bei der Europawahl 2024: Während die Volksparteien in der Gesamtbevölkerung rund die Hälfte der Stimmen für sich gewinnen konnten, waren es unter Arbeiter*innen und Geringverdiener*innen nur 30 Prozent. Die Ampelparteien erreichten hier zusammen nur 20 Prozent und damit deutlich weniger als die AfD.⁵⁵ Befeuert wird diese Entwicklung durch die Macht großer Konzerne und Eigentümer*innen, denn die großen Tech-Konzerne erhalten immer größeren Einfluss auf die Meinungsbildung, z.B. durch Algorithmen in den sozialen Medien, die skandalöse und negative Berichterstattung bevorzugen. Das nützt vor allem rechten Kräften. So bekam die AfD auf TikTok im Vorfeld der ostdeutschen Landtagswahlen bei jungen Wähler*innen doppelt so viel Sichtbarkeit wie alle anderen Parteien zusammen.⁵⁶

Einsparungen, wie sie aktuell die deutsche und viele weitere Regierungen durchsetzen, gießen weiter Öl ins Feuer. Eine Reihe von Studien zeigt beispielweise, dass Sparmaßnahmen in Europa erheblich zum Aufschwung rechtspopulistischer Parteien beigetragen haben.⁵⁷

UNGLEICHHEIT, SUPERREICHTUM UND KONZERNMACHT: EIN KOLONIALES ERBE

Unsere zutiefst ungleiche Welt blickt auf eine lange Geschichte kolonialer Vorherrschaft zurück, von der vor allem die reichsten Menschen profitiert haben. In der Kolonialzeit entstand ein globales Handelssystem, das von Europa aus entwickelt wurde und die internationalen Wirtschaftsbeziehungen grundlegend prägte. Dieses System beherrschte nicht nur die globalen Handelsnetze, sondern hemmte auch aktiv die industrielle Entwicklung in den Kolonien und beutete deren Ressourcen aus.

Bis heute wirken neokoloniale Strukturen fort, die die ungleichen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, ungleiche Machtverteilung und die Ausbeutung von Ressourcen zugunsten der industrialisierten ehemaligen Kolonialstaaten aufrechterhalten. IWF, Weltbank und andere globale Institutionen sowie die Finanzmärkte werden weiterhin von den Ländern des Globalen Nordens dominiert. Sie setzen noch immer Regeln, von denen sie selbst und die aus ihnen stammenden Konzerne und deren Eigentümer*innen profitieren. Beispielsweise werden bislang in der OECD als Vereinigung der Industrieländer die wesentlichen internationalen Steuerregeln für Konzerne verhandelt, nicht bei den Vereinten Nationen. Einkommensschwachen Ländern entgehen durch die Steuervermeidung von Konzernen mindestens 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr⁵⁸, und zwischen 1970 und 2023 zahlten die Regierungen des Globalen Südens 3,3 Billionen US-Dollar an Zinsen an die Gläubiger im Globalen Norden.⁵⁹ Durch diese und weitere Mechanismen wird der Süd-Nord-Transfer von in den einkommensschwachen Ländern dringend benötigten Finanzmitteln manifestiert.

Hauptnutznießer*innen dieser Machtverhältnisse waren und sind die herrschenden Klassen in den Ländern des Globalen Nordens. In der Zeit des Kolonialismus wurde der Grundstein für viele Vermögen gelegt, von denen einige über Generationen weitergegeben wurden. Heute leben mehr als zwei Drittel der Milliardär*innen immer noch in den reichen Ländern des Globalen Nordens, obwohl in diesen Ländern nur ein Fünftel der Weltbevölkerung lebt.⁶⁰

Das Modell des multinationalen Unternehmens, das Arbeiter*innen im Globalen Süden ausbeutet, um Profite und Dividenden für seine wohlhabenden Aktionär*innen im Globalen Norden zu erwirtschaften, ist im Zeitalter des Kolonialismus entstanden. Heute beherrschen große multinationale Konzerne die globalen Lieferketten und profitieren von billigen Arbeitskräften und der fortgesetzten Ausbeutung von Ressourcen aus dem Globalen Süden. Sie kassieren den größten Teil der Gewinne und halten Abhängigkeit, Ausbeutung und Kontrolle mit wirtschaftlichen Mitteln aufrecht.

Mehr Details im englischsprachigen Oxfam-Bericht „Takers not Makers – The unjust poverty and unearned wealth of colonial inheritance“: www.oxfam.de/takers-not-makers

OXFAMS FORDERUNGEN AN DIE KOMMENDE BUNDESREGIERUNG

Die zunehmende Macht von Superreichen und Konzernen verschärft die soziale Ungleichheit und ist eine Gefahr für die Demokratie. Um sie einzudämmen, sind entschiedene politische Maßnahmen nötig. Es gilt Superreiche wieder stärker in die gesellschaftliche Verantwortung zu nehmen und sie endlich angemessen zu besteuern. So können die für die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit so wichtigen Investitionen in soziale Gerechtigkeit, die Gleichstellung der Geschlechter und den Klimaschutz hier und weltweit gestemmt werden.⁶¹ Unabdingbar ist zudem die Marktmacht von Konzernen zu beschränken, um ihren immensen Einfluss und den ihrer Besitzer*innen zurückzudrängen. Die kommende Bundesregierung sollte daher:

1. SUPERREICHE GERECHT BESTEUERN: MILLIARDÄRSSTEUER EINFÜHREN!

2024 hat Brasilien im Rahmen seiner G20-Präsidentschaft einen Vorstoß für eine global koordinierte Mindeststeuer für Multimillionär*innen und Milliardär*innen gemacht. Gabriel Zucman, Ökonom und Direktor des EU-Tax-Observatory, hat einen entsprechenden Vorschlag erarbeitet, der eine globale Mindeststeuer von zwei Prozent auf das Vermögen von Superreichen vorsieht.⁶² Die geschätzten zusätzlichen Einnahmen lägen bei weltweit 242 Milliarden bis 377 Milliarden US-Dollar. In Deutschland würde die Steuer je nach Ausgestaltung Einnahmen von elf bis 28 Milliarden Euro einbringen und nur etwa 250 bis 5.000 Haushalte betreffen.⁶³

Eine Vermögensteuer von zwei Prozent würde die Steuersätze von Milliardär*innen und Multimillionär*innen etwa auf das Niveau des Steuer- und Abgabenbeitrags von Mittelschichtsfamilien heben.⁶⁴ Eine Milliardärssteuer wäre daher ein wichtiger erster Schritt, um eine der großen Gerechtigkeitslücken im bestehenden Steuersystem zu schließen und damit auch Vertrauen in Politik und die Demokratie wiederherzustellen.

Die **nächste Bundesregierung** sollte daher diese Steuer in Deutschland umsetzen und eine zweiprozentige Vermögensteuer für Multimillionär*innen und Milliardär*innen einführen.

Zudem sollte sie die Umsetzung einer solchen Steuer auf internationaler Ebene unterstützen und sich insbesondere dafür einsetzen, dass nicht nur Milliardär*innen, sondern auch Multimillionär*innen besteuert werden.



2. INVESTITIONEN IN SOZIALE GERECHTIGKEIT UND KLIMASCHUTZ STÄRKEN

Die so generierten Finanzmittel werden dringend benötigt, um den fiskalischen Spielraum zu erhöhen, die eklatanten Investitionslücken im Bereich sozialer Gerechtigkeit zu schließen und Deutschlands internationaler Verantwortung gerecht zu werden.

Gute, für alle zugängliche und die Geschlechtergerechtigkeit und Inklusion fördernde Bildungs-, Gesundheits- und soziale Sicherungssysteme sind Grundpfeiler sozialer Gerechtigkeit und tragen wesentlich zu politischer Stabilität und damit zur Stärkung der Demokratie bei. Doch die Lücke bei Investitionen in öffentliche Infrastruktur beträgt über die kommenden zehn Jahre nach Angaben von Wirtschaftswissenschaftler*innen mindestens 600 Milliarden Euro. Für Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz, Bildung und öffentliche Infrastrukturen sind also jährlich mindestens 60 Milliarden Euro zusätzlich nötig.⁶⁵

In einer Zeit, in der die überwiegende Mehrheit der Menschen in wirtschaftlich benachteiligten Ländern unter den Folgen multipler Krisen, unter anderem der Klimakrise, leiden und dringend Unterstützung benötigen, wird Deutschland zudem seiner internationalen Finanzierungsverantwortung immer weniger gerecht. Die Ampelregierung hat von 2022 bis 2025 Kürzungen der Entwicklungszusammenarbeit von 3,1 Milliarden Euro (minus 23 Prozent) und rund 1,5 Milliarden Euro bei der humanitären Hilfe (minus 59 Prozent) beschlossen oder anvisiert⁶⁶ – ein Skandal angesichts der Tatsache, dass im gleichen Zeitraum etwa der weltweite Bedarf an humanitären Mitteln dramatisch gestiegen ist. So droht Deutschland zukünftig seine Zusage zu brechen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe aufzubringen.

Die **nächste Bundesregierung** sollte daher neue finanzielle Spielräume u.a. dafür nutzen, den Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (**ODA-Quote**) von **mindestens 0,7 Prozent des BNE** einzuhalten. 0,2 Prozent des BNE sollten in die einkommensschwächsten Länder fließen. Dabei müssen insbesondere Investitionen in Bildung, Ernährungssouveränität, Gesundheit und soziale Sicherung priorisiert werden, vor allem durch eine höhere Unterstützung multilateraler Instrumente wie der Globalen Bildungspartnerschaft.

Zudem sollte **Deutschlands feministische Entwicklungs- und Außenpolitik konsequent weitergeführt werden**. Dafür sollten unter anderem der Anteil der entwicklungspolitischen Projekte, die explizit auf Geschlechtergerechtigkeit abzielen, weiter ansteigen und von wirtschaftlich benachteiligten Ländern geführte feministische Fonds gefördert und auskömmlich finanziert werden.

Die nächste Bundesregierung sollte zudem **einkommensschwachen Ländern** deutlich mehr **finanzielle Unterstützung im Kampf gegen die Klimakrise** bereitstellen. Das bisherige Ziel von jährlich sechs Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt sollte perspektivisch auf mindestens zehn Milliarden Euro angehoben werden. Des Weiteren gilt es das eigentlich schon für die derzeitige Legislaturperiode vereinbarte **Klimageld** nach der nächsten Bundestagswahl einzuführen – für eine sozial gerechte Transformation in Deutschland.

3. KONZERNMACHT ABBAUEN

Statt eine immer größere Anhäufung von Macht bei einzelnen Konzernen und ihren Besitzer*innen zuzulassen, gilt es vor allem am Gemeinwohl orientierte Wirtschaftsstrukturen zu schaffen.

Das **Bundeskartellamt** und die **EU-Kommission** sollten die Situation in hochkonzentrierten Sektoren analysieren und konkrete Maßnahmen ergreifen, bis hin zu Entflechtungen gegen Marktkonzentration. Dabei muss ein besonderer Fokus sowohl auf Big Tech-Konzernen liegen, deren Einfluss auf Politik und Meinungsbildung immer problematischer wird, als auch auf dem Lebensmittel-einzelhandel. Dieser wird in Deutschland von nur vier großen Supermarktketten beherrscht. Durch ihre Marktmacht können sie Druck auf Bäuer*innen ausüben und Preise für Verbraucher*innen erhöhen – während etwa die Eigentümer*innen von Aldi und Lidl ihr Milliardenvermögen ausbauen.

Die **nächste Bundesregierung** sollte die Fusionskontrolle verstärken und die Möglichkeit schaffen, strategische Aufkäufe potenzieller innovativer Wettbewerber, etwa im Digitalbereich, zu untersagen. Die Schwellenwerte für eine marktbeherrschende Stellung sollten gesenkt werden, sodass Marktkonzentration frühzeitiger gebremst werden kann. Auch auf EU-Ebene muss sich die Bundesregierung für eine Stärkung des Kartellrechts einsetzen.

Für ausführliche Informationen zu Oxfams Empfehlungen an die Parteien zur Bundestagswahl 2025 siehe: www.oxfam.de/empfehlungen-an-parteien-btw25

QUELLEN

- 1 Siehe hierzu Oxfam International (2024): Carbon Inequality Kills. https://www.oxfam.de/system/files/documents/carbon_inequality_kills.pdf; Oxfam Deutschland (2023): Klima der Ungleichheit. <https://www.oxfam.de/system/files/documents/20231120-oxfam-klima-ungleichheit.pdf>
- 2 Oxfam International (2025): Takers not Makers. <https://www.oxfam.de/takers-not-makers>
- 3 Oxfam-Berechnungen auf Basis der Forbes-Milliardär*innen-Liste. Stand: 30.11.2024.
- 4 Für die Weltbank bedeutet erweiterte Armut, dass Menschen mit weniger als 6,85 US-Dollar täglich auskommen müssen (extreme Armut: weniger als 2,15 US-Dollar pro Tag). Oxfam verwendet hauptsächlich die Grenze von 6,85 Dollar, weil wir davon überzeugt sind, dass diese das genaueste Bild von Armut vermittelt. Eine ausschließliche Konzentration auf extreme Armut ist nicht hilfreich, da sie Milliarden von Menschen, die tagtäglich mit Armut konfrontiert und die nur einen Schritt vom Elend entfernt sind, übersieht. Zu den Definitionen der Weltbank siehe World Bank (2022): Factsheet, An Adjustment to Global Poverty Lines. <https://www.worldbank.org/en/news/factsheet/2022/05/02/fact-sheet-an-adjustment-to-global-poverty-lines>
- 5 World Bank (2024): Poverty and Inequality Platform. Stand: 11. November 2024. <https://pip.worldbank.org/home>
- 6 United Nations (2024): 1 in every 10 women in the world lives in extreme poverty. <https://www.unwomen.org/en/news-stories/press-release/2024/03/1-in-every-10-women-in-the-world-lives-in-extremepoverty> United Nations (2024): Progress on the Sustainable Development Goals: The Gender Snapshot 2024. <https://unstats.un.org/sdgs/gender-snapshot/2024/>
- 7 FAO, IFAD, UNICEF, WFP, WHO (2024): The State of Food Security and Nutrition in the World 2024. Financing to End Hunger, Food Insecurity and Malnutrition in All Its Forms. <https://openknowledge.fao.org/items/09ed8fec-480e-4432-832c-5b56c672ed92>
- 8 World Bank (2024) Poverty, Prosperity, and Planet Report, Pathways Out of the Polycrisis. <https://www.worldbank.org/en/publication/poverty-prosperity-and-planet>
- 9 Oxfam International, Development Finance International (2024): Commitment to Reducing Inequality Index 2024. <https://oxfamlibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/621653/rr-commitment-to-reducing-inequality-index-2024-211024-en.pdf;jsessionid=B69CD13F64F743728E6D-04733930B669?sequence=15>
- 10 Oxfam International, Development Finance International (2024): Commitment to Reducing Inequality Index 2024. <https://oxfamlibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/621653/rr-commitment-to-reducing-inequality-index-2024-211024-en.pdf;jsessionid=B69CD13F64F743728E6D-04733930B669?sequence=15>
- 11 Siehe bspw. Robeyns, Ingrid (2024): Limitarismus.
- 12 Krcmaric D., Nelson S., Roberts A. (2023): Billionaire Politicians: A Global Perspective. <https://www.cambridge.org/core/journals/perspectives-on-politics/article/billionaire-politicians-a-global-perspective/1AD0E0C33FE43165B14D-D981533E00DD>
- 13 Laut LobbyControl erreicht das Spendenvolumen in Deutschland mit jeder Wahl neue Rekordhöhen. Zu den eklatanten Problemen im Bereich der Parteifinanzierung gehören beispielsweise eine fehlende Obergrenze für Parteispenden und Parteisponsoring sowie die mangelhafte Kontrolle und Durchsetzung der geltenden Gesetze. Siehe LobbyControl (2024): Lobbyreport 2024. <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/lobbyreport-2024-web.pdf>
- 14 Laut der Bürgerbewegung Finanzwende gibt allein die Finanzlobby (Banken, Versicherungen und Fondsindustrie) jährlich rund 40 Millionen Euro aus, um die Gesetzgebung im Bund zu beeinflussen. Die Finanzlobby kann so Dutzende politische Prozesse gleichzeitig begleiten. Zivilgesellschaftliche Organisationen können einen vergleichbaren Aufwand nicht betreiben. Siehe Finanzwende (2025): Mehr Durchblick im Lobbydunkel. <https://www.finanzwende.de/presse/mehr-durchblick-im-lobbydunkel>
- 15 Elsässer L., Hence S., Schäfer A. (2018): Government of the People, by the Elite, for the Rich. <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/180215/1/1025295536.pdf>
- 16 Seit 1980 haben sich die durchschnittlichen Unternehmenssteuern in den OECD-Ländern mehr als halbiert: von 48 Prozent im Jahr 1980 auf nur noch 23,1 Prozent im Jahr 2022. Deutschland gehört dabei zu den Ländern, die ihre Unternehmenssteuern am meisten gesenkt haben: Hier ist die Besteuerung von Unternehmensgewinnen seit 1998 von 57 Prozent auf durchschnittlich 30 Prozent gesunken. Siehe Oxfam Deutschland (2024): Unternehmen Ungleichheit. <https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/unternehmen-ungleichheit>
- 17 Oxfam Deutschland (2023): Umsteuern. <https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/oxfams-bericht-sozialer-ungleichheit-umsteuern-soziale-gerechtigkeit>
- 18 Oxfam International (2023): Survival of the richest. https://www.oxfam.de/system/files/documents/survival_of_the_richest_oxfam_en.pdf
- 19 UBS (2023): Billionaire Ambitions Report. <https://advisors.ubs.com/mediahandler/media/631713/Billionaires%202023%20Report%20single%20page.pdf>
- 20 Neate R. (2024). All billionaires under 30 have inherited their wealth, research finds. The Guardian. <https://www.theguardian.com/business/2024/apr/03/all-billionaires-under-30-have-inherited-their-wealth-research-finds>
- 21 UBS (2023): Billionaire Ambitions Report. <https://advisors.ubs.com/mediahandler/media/631713/Billionaires%202023%20Report%20single%20page.pdf>
- 22 Oxfam International (2025): Takers not Makers. <https://www.oxfam.de/takers-not-makers>
- 23 Oxfam-Berechnungen auf Basis der Forbes-Milliardär*innen-Liste. Stand: 30.11.2024.
- 24 Netzwerk Steuergerechtigkeit (2024): Jahrbuch Steuergerechtigkeit 2024. https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/wp-content/uploads/2024/03/JB2024_Online_240307.pdf
- 25 Die Stiftung Familienunternehmen vertritt die Interessen der 500 größten deutschen Familienunternehmen und damit nur 0,02 Prozent der rund 2,8 Millionen familiengeführten Betriebe. Damit sind auch fast alle deutschen Milliardärsvermögen beteiligt. Auch der Verband Die Familienunternehmer setzt sich vor allem für die Anliegen deutscher Superreicher ein. Siehe Jirmann, J. (2024): Blackbox Steuerpolitik.
- 26 Jirmann J. (2024): Blackbox Steuerpolitik.
- 27 Ebenda.
- 28 Zucman, G. (2024): A blueprint for a coordinated minimum effective taxation standard for ultra-high-net-worth individuals. <https://www.taxobservatory.eu/www-site/uploads/2024/06/report-g20.pdf>
- 29 Entscheidend für die Besteuerung der Superreichen ist nicht die Besteuerung der Arbeit, sondern die Besteuerung der Vermögenseinkommen, vor allem aus Unternehmensbeteiligungen. Unternehmensgewinne werden in Deutschland in zwei Stufen besteuert. Zunächst werden die Gewinne im Unternehmen selbst besteuert. Die Steuersätze der Unternehmenssteuern betragen im Schnitt 30 Prozent in Deutschland. Im zweiten Schritt werden die Unternehmensgewinne bei der Ausschüttung an die Anteilseigner*innen besteuert. Der*die Anteilseigner*in einer Kapitalgesellschaft zahlt bei Ausschüttung der Gewinne in Deutschland 26,4 Prozent. Allerdings kann die zweite Stufe der Besteuerung vermieden werden, indem die Anteile am Unternehmen über vermögensverwaltende Gesellschaften gehalten werden. Wird der Gewinn auf diese Gesellschaft ausgeschüttet, fällt keine Steuer oder nur ein Bruchteil dessen an, was Kleinaktionär*innen auf ihre Kapitalerträge zahlen. Wenn die in der vermögensverwaltenden Gesellschaft angesparten Gewinne reinvestiert werden, profitieren deren Eigentümer*innen vom Zinseszins-Effekt. Dieser sorgt dafür, dass ihre niedrig besteuerten Vermögen noch schneller wachsen als ohnehin. Siehe Netzwerk Steuergerechtigkeit, Momentum Institut, Oxfam Deutschland (2024): Superreiche (wieder) gerecht besteuern. https://www.oxfam.de/system/files/documents/oxfam_u.a._2024_superreiche_wieder_gerecht_besteuern_online.pdf
- 30 Netzwerk Steuergerechtigkeit, Momentum Institut, Oxfam Deutschland (2024): Superreiche (wieder) gerecht besteuern. https://www.oxfam.de/system/files/documents/oxfam_u.a._2024_superreiche_wieder_gerecht_besteuern_online.pdf
- 31 Netzwerk Steuergerechtigkeit, Momentum Institut, Oxfam Deutschland (2024): Superreiche (wieder) gerecht besteuern.
- 32 Oxfam International (2023): Survival of the richest. https://www.oxfam.de/system/files/documents/survival_of_the_richest_oxfam_en.pdf
- 33 Die Grundsteuer, die bei internationalen Vergleichen oft als vermögensbezogene Steuer gezahlt wird, wird unabhängig vom Nettovermögen des Eigentümers bemessen und kann in Deutschland noch dazu auf die Mieter*innen umgelegt werden. Daher sollte sie hier nicht eingerechnet werden. Aber selbst unter Einbeziehung der Grundsteuer liegt der Anteil vermögensbezogener Steuern in Deutschland unter dem internationalen Durchschnitt.
- 34 Netzwerk Steuergerechtigkeit (2024): Jahrbuch Steuergerechtigkeit 2024. https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/wp-content/uploads/2024/03/JB2024_Online_240307.pdf
- 35 Netzwerk Steuergerechtigkeit, Oxfam Deutschland (2024): Keine Angst vor Steuerflucht. https://www.oxfam.de/system/files/documents/oxfam_netzwerk_steuergerechtigkeit_2024_keine_angst_vor_steuerflucht_final.pdf
- 36 Netzwerk Steuergerechtigkeit, Momentum Institut, Oxfam Deutschland (2024): Superreiche (wieder) gerecht besteuern. https://www.oxfam.de/system/files/documents/oxfam_u.a._2024_superreiche_wieder_gerecht_besteuern_online.pdf

- 37 Statistisches Bundesamt (2022): Anteile kleinerer und mittlerer Unternehmen an ausgewählten Merkmalen 2022 nach Größenklassen. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Unternehmen/Kleine-Unternehmen-Mittlere-Unternehmen/Tabellen/wirtschaftsabschnitte-insgesamt.html>
- 38 Loecker J.D., Eeckhout J., Unger G. (2020): The Rise of Market Power and the Macroeconomic Implications. <https://academic.oup.com/qje/article/135/2/561/5714769>
- 39 Oxfam Deutschland (2023): Goldrausch für die Reichsten. Top-Unternehmen scheffeln jährlich mehr als eine Billion Dollar Übergewinne. Pressemitteilung. <https://www.oxfam.de/presse/pressemitteilung-gen/2023-07-06-goldrausch-reichsten-top-unternehmen-scheffeln-jaehrlich-mehr>
- 40 Quellen: Henderson J. (2024): Global Dividend Index. Edition 41. https://cdn.janushenderson.com/webdocs/H052332_0124_GER.pdf. Trading Economics (o.D.): Wages. Stand: April 2024. <https://trading-economics.com/country-list/wages>. EY (2024): DAX-Konzerne: Rekorddividende trotz sinkender Gewinne. https://www.ey.com/de_de/news/2024/04/ey-analyse-dax-dividenden-2024. Zwar kam es im Laufe des Jahres 2024 zu Reallohnzuwächsen in Deutschland, allerdings reichten diese noch bei weitem nicht aus, um die entstandene Lohnlücke zu kompensieren. Wie die FAZ berechnete, gab es seit 2015 durch die Inflation de facto keine Realloohnerhöhung. <https://www.faz.net/aktuell/finanzen/realloehne-in-deutschland-die-tuecken-der-inflation-110108644.html>
- 41 Shaxson N., Godfrey C. (2024): Taken not earned. How monopolists drive the world's power and wealth divide. <https://www.globaljustice.org.uk/wp-content/uploads/2024/01/Davos-Taken-not-Earner-Report-2024-FINAL-1.pdf>
- 42 Misereor, GPF (2022): Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz. https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Dt.Wirtschaftslobby_gegen_wirksames_EU-Lieferkettengesetz_Briefing_02-2022.pdf; <https://correctiv.org/lobbyismus/2024/01/24/eu-lieferkettengesetz-vor-dem-aus-fdp-und-lobby-wollen-den-entwurf-stoppen/>;
- 43 infratest dimap (2020): Lieferkettengesetz. Eine Umfrage von infratest dimap im Auftrag von Germanwatch e.V. https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2020/09/infratest-dimap_Umfrage-Lieferkettengesetz.pdf; <https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2024/02/INSA-Umfrage-Lieferkettengesetz-Deutschland-Februar-2024.pdf>
- 44 EU Transparenzregister. https://transparency-register.europa.eu/searchregister-or-update/search-register_de
- 45 Quellen siehe Endnote 39.
- 46 EIU (2024): Democracy Index 2023. <https://www.eiu.com/n/campaigns/democracy-index-2023/>
- 47 WSI (2024): Ungleiche Teilhabe, Marginalisierte Arme, Verunsicherte Mitte. https://www.wsi.de/fpdf/HBS-008981/p_wsi_report_98_2024.pdf
- 48 Schäfer, A. (2023): Wer fehlt an der Wahlurne? <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/20628.pdf>
- 49 Elsässer, L. (2024): Leute ohne akademischen Hintergrund sitzen kaum noch mit am Tisch. <https://www.soziopolis.de/leute-ohne-akademischen-hintergrund.html>
- 50 Westheuser, L. (2024): Leute ohne akademischen Hintergrund sitzen kaum noch mit am Tisch. <https://www.soziopolis.de/leute-ohne-akademischen-hintergrund.html>
- 51 WSI (2024): Ungleiche Teilhabe, Marginalisierte Arme, Verunsicherte Mitte. https://www.wsi.de/fpdf/HBS-008981/p_wsi_report_98_2024.pdf
- 52 WSI (2023): Das Umfragehoch der AfD. https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008748
- 53 WSI (2023): Das Umfragehoch der AfD. https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008748
- 54 Westheuser L., Beck L. (2024): AfD, BSW, SPD: Wer vertritt die Wut der ArbeiterInnen und Arbeiter? https://linuswestheuser.com/wp-content/uploads/2024/10/259_Westheuser.pdf
- 55 Westheuser, L. (2024): Leute ohne akademischen Hintergrund sitzen kaum noch mit am Tisch. <https://www.soziopolis.de/leute-ohne-akademischen-hintergrund.html>
- 56 Scholz J. (2024): Die AfD dominiert TikTok – Studie zur Sichtbarkeit der Parteien in den Sozialen Medien. <https://www.uni-potsdam.de/de/medieninformationen/detail/2024-09-02-die-afd-dominiert-tiktok-studie-zur-sichtbarkeit-der-parteien-in-den-sozialen-medien>
- 57 Siehe bspw. Hübscher E., Sattler T., Wagner M. (2023): Does Austerity Cause Polarization?; Bieling, H.J.(2022): Austerity-induced populism: the rise and transformation of the new right.; Gabriel R.D., Klein M., Pessoa, A.S. (2022): The Political Costs of Austerity.
- 58 Oxfam (2019): Endless Corporate Tax Scandals? <https://oxfamlibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/620848/mb-endless-corporate-tax-scandals-mauritius-290719-en.pdf>
- 59 Oxfam International (2025): Takers not Makers. <https://www.oxfam.de/takers-not-makers>
- 60 Oxfam International (2025): Takers not Makers. <https://www.oxfam.de/takers-not-makers>
- 61 Siehe hierzu Oxfam Deutschland (2023): Umsteuern. <https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/oxfams-bericht-sozialer-ungleichheit-umsteuern-soziale-gerechtigkeit>
- 62 Zucman G. (2024): A blueprint for a coordinated minimum effective taxation standard for ultra-high-net-worth individuals. <https://www.taxobservatory.eu/www-site/uploads/2024/06/report-g20.pdf>
- 63 FES (2024): Milliardär_Innen gerecht besteuern. <https://library.fes.de/pdf-files/international/21426.pdf>
- 64 Netzwerk Steuergerechtigkeit, Momentum Institut, Oxfam Deutschland (2024): Superreiche (wieder) gerecht besteuern. https://www.oxfam.de/system/files/documents/oxfam_u.a._2024_superreiche_wieder_gerecht_besteuern_online.pdf
- 65 Dullien S., Gerards Iglesias S., Hüther M., Rietzler K. (2024): Herausforderungen für die Schuldenbremse. <https://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?produkt=HBS-008864>
- 66 VENRO (2024): Analyse Bundeshaushaltsentwurf 2025. https://venro.org/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Sonstige/VENRO_Analyse_Bundeshaushaltsentwurf2025.pdf

IMPRESSUM

Als internationale gemeinnützige Organisation setzt sich Oxfam gemeinsam mit Menschen in aller Welt gegen Armut, Unterdrückung und soziale Ungleichheit ein. Seite an Seite mit rund 2.350 lokalen Partnerorganisationen in fast 80 Ländern arbeiten wir für eine gerechte und nachhaltige Welt.

Herausgeber: Oxfam Deutschland e.V., Januar 2025

V.i.S.d.P.: Serap Altinisik, Oxfam Deutschland e.V., Am Kölnischen Park 1, 10179 Berlin, Tel.: +49 30 4530690, E-Mail: info@oxfam.de

Autor*innen: Manuel Schmitt, Tobias Hauschild, Steffen Vogel, Leonie Petersen
Redaktion: Julia Jahnz
Konzeption und Umsetzung: Manuel Schmitt
Gestaltung: Ole Kaleschke | olekaleschke.de



OXFAM
Deutschland

OXFAM SETZT SICH FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT EIN

UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE ARBEIT DURCH IHRE SPENDE:

Oxfam Deutschland e. V.

Spendenkonto:

IBAN DE87 3702 0500 0008 0905 00

BIC BFSWDE33XXX

SozialBank

Stichwort KAMPAGNEN



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Deutscher
Spendenrat e.V.

